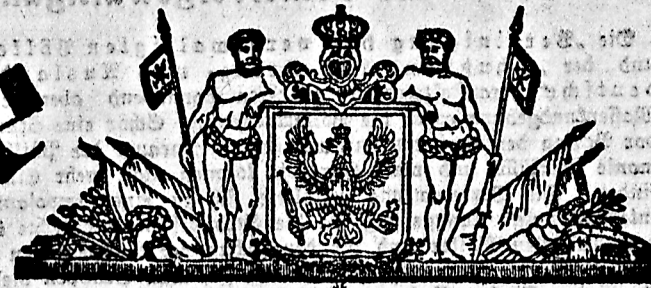


Wossische



Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Wossische Zeitung erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr. Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage, Allgemeine Verlosungs-Tabelle.

Bezug: Monatlich 8.95 Mark, vierteljährlich 27.75 M. In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten tägl. zweimal frei ins Haus, sonst durch die Post. — Anzeigen: Zeile 1 M. u. 60%, Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 1 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-23, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Das Gesetz über den Staatsgerichtshof.

Unterbrechung der Haller-Transporte.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

Eisenach, 7. Juni.

Bei Biffa in Posen ist — wahrscheinlich von polnischen Truppen — die von den polnischen Truppentransporten durch Deutschland berührte Eisenbahnlinie durch Sprengung einer Brücke unterbrochen worden. Durch dieses Ereignis erleiden die Militärtransporte der Armee Haller auf der Strecke Frankfurt a. M. — Eisenach — Halle eine Störung, deren Dauer noch nicht abzusehen ist. Die Vollzüge bleiben zunächst liegen, so auf der Strecke Eisenach — Wehra in Gersungen. Das Eisenacher Garnisonkommando ist vom Reichswehrminister beauftragt worden, zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der genannten Station die nötigen Maßnahmen zu treffen.

Es handelt sich um den Rest der polnischen Divisionen, denen wir die Fahrt durch Deutschland zugestanden haben. Es sind ungeduldeten Gäste, für die ein Aufenthalt bei uns nicht vorgesehen war. Daß sie ihre Reise so bald wie möglich fortsetzen können, ist dringend erwünscht. Falls die ihnen zugewiesene Straße nicht bald wieder freigegeben werden kann, werden sie wohl auf einer anderen in ihre Heimat befördert werden müssen. Die Hauptsache ist, daß wir sie unverzüglich loswerden.

Für einen deutsch-polnischen Ausgleich.

Das Ziel des Volksratsausschusses.

Danzig, 5. Juni.

Die gewählten Vertreter der Volksratsbewegung und des Heimatdienstes der Ostmark, Gruppe Nord, sind in Danzig zur gemeinsamen Besprechung zusammengetreten und haben sich dort zu einem Volksrats-Ausschuß konstituiert. Der Volksrats-Ausschuß ist mit dem gleichfalls in Danzig tagenden parlamentarischen Aktionsausschuß der Nordgruppe in Fälligkeit getreten.

Innerhalb des Volksrats-Ausschusses, der sich aus den Vertretern der Provinzen Ost- und Westpreußen, des Nehebezirks und der Kreise Bütow und Lauenburg zusammensetzt, ist volle Uebereinstimmung über das Ziel und die Mittel zu seiner Erreichung erzielt worden. Die Beratung brachte den Willen der hinter den führenden Männern stehenden Volkskreise zum Ausdruck, sich angesichts der drohenden Gefahr eng zusammenzuschließen.

Die Verhandlungen ergaben ferner völlige Einigkeit über die Notwendigkeit der Erhaltung der Ostmark bei Deutschland und über die Notwendigkeit eines auf breiter demokratischer Grundlage zu erfolgenden deutsch-polnischen Ausgleiches, der in der friedlichen Auseinandersetzung der aufeinander angewiesenen deutsch-polnischen Bevölkerung bestehen müsse. Der Volksrats-Ausschuß wird die Bestrebungen der Reichsregierung, durch Verhandlungen die Erhaltung der Ostmark zu erzielen, mit allen Mitteln unterstützen und wird die gesamten Kräfte der deutschen Bevölkerung des Ostens zu diesem Zwecke einheitlich zusammenfassen.

Am 1. d. wird erklärt: „Uns wird bekannt, daß in der deutschen Bevölkerung des Nehebezirks Beunruhigung darüber besteht, daß in der nächsten Rundgebung der Reichs- und Staatsregierung an die Ostmärker wohl von den Provinzen Ost- und Westpreußen sowie Schlessen die Rede war, nicht aber auch vom Nehebezirk. Um alle Zweifel in dieser Beziehung zu beseitigen, erklärt die Regierung, daß sie auch diesem Teil der Ostmark gegenüber niemals eine andere Haltung eingenommen hat oder hat einnehmen wollen, als gegenüber den ausdrücklich genannten. Dem Nehebezirk, ebenso wie den westlichen und südlichen Randkreisen der Provinz Posen gilt ihre Fürsorge und ihre Bemühung um deren Erhaltung bei der deutschen Republik genau in demselben Maße und mit derselben Kraft wie jenen. Auch hat die Regierung nie daran gedacht, den Nehebezirk im Tausch gegen andere gefährdete Teile der Ostmark an die Polen preiszugeben. Eine Abstimmung im Nehebezirk kommt nach Auffassung der Regierung um deswillen nicht in Frage, weil es sich hier um unabweisbar deutsches Gebiet handelt.“

Der „Daily Express“ brachte kürzlich einen Sonderbericht aus Warschau, wonach Herr Korsantj bei Eröffnung des polnischen Parlaments eine Rede vorgelesen hat, die der Generalfeldmar-

schall v. Hindenburg in Schlessen gehalten haben soll. In dieser Rede soll Hindenburg allerlei Drohungen gegen die Entente ausgestoßen haben.

Wir sind von zuständiger Stelle zu der Erklärung ermächtigt, daß es sich hier um eine plumpe Fälschung handelt. Der Generalfeldmarschall ist seit dem Februar 1917 nicht mehr in Schlessen gewesen, kann also schon darum eine solche Rede in Schlessen nicht gehalten haben. Die Behauptung, daß die deutsche Regierung die Rede unterdrückt und den Feldmarschall wegen dieser Rede entlassen habe, ist selbstverständlich auch erlogen.

Annahme durch den Staatenauschuß.

Der Staatenauschuß hat den Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines Staatsgerichtshofs angenommen.

In der Begründung des Gesetzes, das aus 15 Paragraphen besteht, wird auf die beschränkte Möglichkeit eines vollständigen Aktens hingewiesen. Ein Gerichtshof könne heute zu den Fragen jedenfalls nur dann ein abschließendes Urteil abgeben, wenn ihm die Kräfte aller am Kriege beteiligten Völker und die Aussagen ihrer Staatsmänner und Heerführer zur Verfügung stehen. Befehl von der rechtlichen Absicht, der Wahrheit zu dienen, der Mittel nicht vorzuenthalten und die Schulbigen nicht zu schonen, habe die Reichsregierung deshalb versucht, die Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission mit weitgehenden Befugnissen zur Feststellung des Tatbestandes zu erwirken. Der Plan sei aber bei unseren Gegnern auf entschiedene Ablehnung gestoßen. Weiter wird gesagt:

„Die Reichsregierung hält sich gleichwohl nach wie vor für verpflichtet, was an ihr liegt, zu tun, um die Wahrheit ans Licht zu bringen. Sie hat sich entschlossen, der Nationalversammlung als der Trägerin der Volkssouveränität die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses vorzuschlagen, um die Ereignisse zu prüfen, die zu dem Zusammenbruch Deutschlands geführt haben. Der Untersuchungsausschuß soll prüfen, ob Deutsche, die „vermöge ihrer Stellung im öffentlichen Leben“ Einfluß auf jene Entwicklung der Dinge hatten, in begründetem Verdacht stehen, zu dem Ausbruch, der Verlängerung und dem Verlust des Krieges schuldhaft beigetragen zu haben. Ist so der Nationalversammlung in gewissem Sinne die Rolle des politischen Anklägers zugewiesen, so erfolgt die endgültige Entscheidung über die Schuldfrage durch einen Gerichtshof, der dem politischen Parteiloben fernsteht und ohne Voreingenommenheit, nur seinem Gewissen verantwortlich, unparteiisch Recht sprechen wird. Die Zusammensetzung des Gerichtshofes aus höchsten Richtern des Reichs und Vertrauenspersonen der Nationalversammlung und des Staatenauschusses entspricht der Bedeutung der Aufgabe, die ihm gestellt ist. Um die volle Unabhängigkeit des Staatsgerichtshofes von der Nationalversammlung und dem Staatenauschuß sicherzustellen, ist bestimmt, daß Mitglieder dieser beiden Körperschaften bei der Entscheidung über die Schuldfragen nicht mitwirken dürfen. Als einzige Straffolge des Schuldspruchs ist die dauernde Unfähigkeit des Schuldigen vorgesehen, öffentliche Ämter zu bekleiden und in öffentliche Körperschaften gewählt zu werden. Das deutsche Volk muß davor bewahrt bleiben, daß Männer, die an seinem Schicksal mitteilhaftig sind, wieder zu Amt und Würden kommen oder sonst politischen Einfluß erlangen.“

Englische Phantasien.

aus Rotterdam, 7. Juni.

Der „Daily Telegraph“ will „aus maßgebender französischer Quelle“ wissen, daß die Regierung in Berlin beschloffen habe, den Vertrag nicht zu unterzeichnen, obwohl einige Regierungsmitglieder dafür seien, und zu diesem Zwecke die Bildung einer neuen Regierung vorbereitet. Es verlautet, daß Erzberger jetzt sehr für die Unterschrift sei und ein neues Kabinett formen möchte, und zwar unter Mitarbeit des Freiherrn v. Richtig. Graf Brodorski-Rankau soll für die Unterzeichnung sein, wenn seine Gegenanschläge über Oberschlessen, das Saarbad, die Mitgliedschaft Deutschlands im Völkerverbund und ein Mandat über einige Kolonien genehmigt werden.

Die Absicht der englischen Presse geht offenbar dahin, bei den Franzosen den Eindruck hervorzuheben, als sei auch bei ernsthaftem Entgegenkommen eine Verständigung ausgeschlossen. Die Red.

„Gloria victis“.

Von
Max Osborn.

Im mittleren Hofe des Pariser Stadthauses erhebt sich seit 1875 die Marmorgruppe von Anthonin Mercis, die den Namen führt „Gloria victis“. Eine Ruhmesgöttin ist hier dargestellt, die einen gefallenen Jüngling aus der Schlacht trägt. Mercis war nie ein Meister von höherer Gnade, sondern stets nur ein Mann, der sein Handwerk verstand, und als vielbeschäftigter Denkmalsbildner auch dem deutschen Durchschnit kaum überlegen. Aber dies Werk hatte einen Klang, der tiefer wirkte. Denn aus ihm sprach etwas von der Stimmung eines ganzen Landes. Ein großes Volk war geschlagen. Es litt unsäglich unter der Niederlage. Doch stärker noch empfand es, wollte es empfinden den Stolz auf das Heldentum seiner Götter, auf seinen aufrechten Geist im Unglück, auf den „Ruhm der Besiegten“.

Bei uns Deutschen würde heute eine solche Skulptur kaum entstehen, noch weniger an einem öffentlichen Platz Aufstellung finden. Nicht nur, weil uns das Pathos fehlt, sondern weil die Stimmung nicht vorhanden ist, die sich so aussprechen könnte. Unter den Wogen des Unheils, die über uns zusammenschlugen, scheint das Gefühl für die weltgeschichtliche Größe der deutschen Leistung von vier Jahren zunächst verloren gegangen — scheint sich zugleich, und das ist entscheidender, das entschlossene Streben nach einer Zusammenfassung aller Kräfte, wie es die Franzosen nach 1871 erfüllte, nicht entfalten zu können. Was uns statt dessen beherrscht, ist ein böses Gemisch aus verzweifeltem Fatalismus, untätiger Trauer, Selbstsucht, Verwirrung, Angst, Begehrlichkeit und Doktrinarismus. Alles ruft gegeneinander. Es fehlt uns das, was unseren westlichen Nachbarn sich damals im Niedergang, wie während der Prüfungszeit des jetzigen Krieges, als stählende Kraft bewährte: das über alle Gegensätze hin einigende nationale Bewußtsein.

Wir suchen es heute in Deutschland wahrlich nicht im Sinne der Revanche-Zee. Wir suchen es lediglich als das große Prinzip, unter dessen Zeichen wir, wenn wir als Volk nicht untergehen wollen, uns finden müssen, solange nicht andere Vorstellungen die Länder der Erde beherrschen. Wir suchen es als den Inbegriff dessen, was wir aus dem Besitz der Vergangenheit uns noch retten können, und als Garantie des Zusammenwirkens aller Schichten zu dem großen Ziel des inneren Neuaufbaues, den wir brauchen. Aus dem brüderlichen Österreich kam das schöne Wort, das der Staatskanzler Renner sprach: „Heute liegt das Deutschland in der Welt darnieder. In diesem Augenblick bekennen wir freudig, daß wir Deutsche sind.“

Gelingt es uns, aus dem Eigennutz der Individuen und der Klassen den Weg zu dieser Gemeinamkeit zu finden, dann braucht uns auch das Gewebe gegnerischer Paragraphen nicht zu schrecken. Wir werden ärmer sein an Geld und Gut, gewiß — aber beruht wirklich darin allein die Glückseligkeit des Lebens? War das reiche, fieberhaft strebende Deutschland vor dem Kriege ohne Gefühl? Könnte nicht die neue Zeit, die nun einsetzt, uns von der Ueberspannung erlösen, die gerade der märchenhafte Aufschwung des jungen Reiches heraufbeschwor? Es ist keine billige Selbstbeschwichtigung, wenn wir auf die reinigende, läuternde Kraft des Unglücks blicken. Wie ein einzelner Mensch kann auch ein Volk aus dem Entsetzen, das unbedenkliche Schicksalsgewalten ihm brauten, stolzer und reifer als vorher emporsteigen. Es ist dabei sogar gleichgültig, ob der Graus unverfälscht oder verfälscht war. Man braucht kein religiöser Mystiker zu sein, um die Weihe des Schmerzes zu begreifen.

Wir sprachen von Mercis Pariser Gruppe — sie deutet auf ein unwillkürliches Beispiel, in dem sich diese Zusammenhänge spiegeln. Es ist kein Zufall, daß die Kriegesdenkmäler des geschlagenen Frankreich nach 1870 besser wurden als die des siegreichen Deutschland. Erfolg verleitet zu hohler Ruhmredigkeit; heidnische Unterlegen jedoch birgt eine innere Hoheit, die sich jeder Ueueuerung mitteilt. „Ich empfinde die Gabe des Leides, und da ward ich Sklave“, sagt der Isländer Satgeir zu König Skula in Obens „Kronpräsidenten“. Das Leben eines Volkes besteht ja gewiß nicht allein aus künstlerischer Betätigung. Aber künstlerische Form ist der erhabenste Ausdruck allen menschlichen Beweins; seelische Zustände, aus denen sie treibende Säfte fließt, müssen auch in jedem anderen Betracht faßbar